

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, Hartmut Schauerte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2365 –

Vergabepaxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Bekanntwerden des umstrittenen Beratervertrages zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der PR-Firma WMP EUROCOM sowie des Berichtes des Bundesrechnungshofes, wonach die BA hierbei massiv gegen das Vergaberecht verstoßen hat, ist die Vergabepaxis von externen Beratungsaufträgen durch die Bundesregierung insgesamt in die Kritik geraten.

Nach Berichten der Zeitungen „DER TAGESSPIEGEL“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4. Januar 2004 hat die Bundesregierung seit Antritt der Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 1998 insgesamt fast 190 Mio. Euro für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen ausgegeben. Hinzu komme die Finanzierung der so genannten Beauftragten des Bundes, für die allein im Haushaltsjahr 2003 gut 108 Mio. Euro eingeplant wären.

Die Bundesministerien haben demnach in den vergangenen gut fünf Jahren eine Vielzahl externer Berater engagiert oder beauftragt, obwohl nach den Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung (BHO) Aufgaben der Verwaltung grundsätzlich durch eigene Arbeitskräfte zu erledigen sind. Das Hinzuziehen von externen Sachverständigen kommt nach der BHO zudem nur dann in Betracht, wenn abgegrenzte und schwierige Sachfragen zu klären sind, die fachlich mit eigenem Personal nicht ausreichend beantwortet oder beurteilt werden können.

Nach den Erfahrungen bei der Vergabepaxis durch die BA, die der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) untersteht, bestehen daher erhebliche Zweifel, ob die Bundesministerien bei den Vergaben von Berateraufträgen sämtliche Vorschriften des Vergaberechts eingehalten haben. Hinzu kommt die Befürchtung, dass durch die Bereitstellung der Millionenbeträge für externe Beraterleistungen gegen den Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verstoßen worden ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Von jeher haben alle Bundesregierungen der Politikberatung einen hohen Wert beigemessen. Während die Politik in früheren Zeiten Expertenwissen nur gelegentlich und punktuell in Anspruch nahm, hat die professionelle Politikberatung ihren heutigen Stellenwert erst mit dem Umbau des Staates und der Privatisierung von Aufgaben, die früher durch die öffentliche Hand wahrgenommen wurden, erhalten. So wären z. B. die erfolgreiche Überführung von Bundesbahn, Bundespost, Telekom und Lufthansa in privatisierte Unternehmen oder die Transformation der DDR-Staatswirtschaftsbetriebe ohne die umfangreiche Einbeziehung externer Beratung überhaupt nicht möglich gewesen.

Der nicht hinnehmbare Reformstau, den die Bundesregierung 1998 vorgefunden hat, betrifft nahezu alle zentralen Bereiche unseres Staates – von der sozialen Sicherung über das Bildungswesen, die Finanz- und Verteidigungspolitik bis hin zur Verwaltungsreform. Wichtige Reformen sind seither – auch unter Heranziehung externen Sachverständes – umgesetzt worden.

Der Vorwurf, die Bundesagentur für Arbeit (BA) habe bei der Beauftragung externer Beratungsunternehmen gegen das Vergaberecht verstoßen, hat nunmehr zu einer ungerechtfertigten pauschalen Kritik an der Beauftragung externer Berater durch die öffentliche Hand geführt. Dabei wird zunehmend – insbesondere vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel – der Eindruck vermittelt, die Heranziehung externen Sachverständes an sich sei bereits kritikwürdig, weil Aufgaben der Verwaltung grundsätzlich durch eigene Arbeitskräfte zu erledigen seien. Das verkennt die eigentliche Problemstellung. Im Vordergrund steht nämlich nicht die Beratung im Zusammenhang mit herkömmlichen Verwaltungsaufgaben, sondern die Beratung im Zusammenhang mit strukturellen Reformprozessen. Hier dient die externe Beratung dazu, bestmögliche Lösungen zu erreichen, indem Kenntnisse und Erfahrungen aus Wissenschaft und Forschung, aus der Wirtschaft und von gesellschaftlichen Organisationen einbezogen werden.

Die Möglichkeit, Experten heranzuziehen, nutzen heute alle Bereiche der öffentlichen Hand. Dies gilt auch für den Deutschen Bundestag, dessen Ausschüsse zur Meinungsbildung bei Gesetzesvorhaben selbstverständlich und richtigerweise Beratung durch externe Sachverständige in Anspruch nehmen. Auch die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung hat einen ständigen Beraterstab von 12 Experten bestellt.

Das Haushaltsrecht bietet klare Regelungen für eine wirtschaftliche und verfahrensmäßig korrekte Beauftragung externer Berater. § 7 Bundeshaushaltsordnung (BHO) zwingt bei der Entscheidung über eine externe Vergabe von Berateraufträgen zur Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Hierbei ist die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln anzustreben. § 55 BHO schreibt vor, dass dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen. Beim Abschluss von Verträgen ist nach einheitlichen Richtlinien zu verfahren.

Es wäre abwegig, allein aus dem Umfang der Kosten für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen Rechtsverstöße einzelner Verwaltungsstellen abzuleiten. Die umfangreichen Reformaufgaben der Bundesregierung seit 1998 haben einen erheblichen Nachholbedarf an Analysen, Gutachten und Abwägungen nach sich gezogen. Hierbei hat der Schwerpunkt des erforderlichen Aufwandes durchweg in den Arbeitsbereichen der Bundesministerien gelegen.

Auch die Neuorganisation von Verwaltungseinheiten mit großem Personalbestand lässt sich, beispielsweise unter dem Aspekt Kosten sparender Synergien oder Konzipierung von Informationstechnik, zumeist nur mit der Unterstützung durch externes Spezialwissen optimal umsetzen. In vielen Fällen ermöglicht die

Befassung sachverständiger Berater bei komplexen Problemstellungen erst, Lösungsansätze aus unvoreingenommenen Perspektiven zu betrachten und zu erörtern. So hat zum Beispiel auch die frühere Bundesregierung in ihrem Föderalen Konsolidierungsprogramm vom 20. Januar 1993 ausdrücklich die Heranziehung externer Gutachter bei der Daueraufgabe der Überprüfung und Begrenzung der Bundesverwaltung beschlossen.

Unter Berücksichtigung der Regelungen zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie zur Ausschreibung von Aufträgen hat die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich zur optimalen Erfüllung ihrer Aufgaben unabhängiger Berater zu bedienen. Das entbindet sie nicht von ihrer Verantwortung zu eigener Abwägung und Entscheidung. Demzufolge ist keineswegs – wie Frage 43 suggeriert – aus einer vom Beratungsergebnis abweichenden Entscheidung zu schließen, dass die Beratung nicht erforderlich und damit unwirtschaftlich gewesen sei.

Externe Beratung als Instrument zur Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse entspricht zudem dem Leitbild des modernen Staates: Von Fall zu Fall benötigter Sachverstand wird nicht in der öffentlichen Verwaltung mit hohem Fortbildungsaufwand aufgebaut und kostenintensiv dauerhaft vorgehalten, sondern von außen projekt- und ergebnisorientiert ergänzt. Die Nutzung externen Sachverständigen ist somit auch unter dem Erfordernis von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der richtige Weg.

Zur methodischen Vorgehensweise bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage ist Folgendes anzumerken:

Zahlreiche Fragen der Kleinen Anfrage vom 15. Januar 2004 sind auf die Bekanntgabe der Namen von Beratern der Bundesregierung nebst der Bekanntgabe von Einzelheiten der mit diesen Beratern geschlossenen Verträge gerichtet. Insbesondere die Grundrechte aus Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) sowie aus Artikel 14 Abs. 1 GG verbürgen ihren Trägern – gegebenenfalls in Verbindung mit Artikel 19 Abs. 3 GG – jedoch Schutz gegen eine unbegrenzte – insbesondere öffentliche – Verwendung individualisierter oder individualisierbarer Daten. Diese Verbürgung darf nur im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eingeschränkt werden. Die Einschränkung darf nicht weiter gehen, als es zum Schutze öffentlicher Interessen unerlässlich ist (vgl. BVerfGE 65, 1 [44], 67, 100 [143]). Das allgemeine parlamentarische Fragerecht ist dadurch gekennzeichnet, dass Fragen und Antworten der öffentlichen Kenntnisnahme unterliegen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu vertraulichen Ausschussberatungen. Dort können und müssen ggf. Vorkehrungen für den Geheimschutz getroffen werden (vgl. BVerfGE 67, 100 [144]). Daraus folgt für die Beantwortung parlamentarischer Fragen, dass die Bundesregierung bei der Abwägung der Interessen des Parlaments und der durch die Übermittlung grundrechtsrelevanter Daten Betroffenen einen strengeren Maßstab anlegen muss als bei der Unterrichtung parlamentarischer Ausschüsse. Gegebenenfalls wird die Bundesregierung zu datenschutzrelevanten Details in vertraulicher Sitzung des Haushaltsausschusses Stellung nehmen.

Der Anspruch auf vollständige Erfassung aller noch vorhandenen Daten kann angesichts der Fülle des zu untersuchenden Datenmaterials und des zur Verfügung stehenden Zeitraumes nicht erfüllt werden.

1. Sind die Angaben des „DER TAGESSPIEGEL“ vom 4. Januar 2004 korrekt, wonach die Bundesregierung seit Oktober 1998 fast 190 Mio. Euro für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen ausgegeben hat?

Wenn ja, wie verteilen sich die Aufwendungen (Auftraggeber, Auftragnehmer, jährliche und Gesamtsummen)?

Wenn nein, wie hoch waren die Aufwendungen (Auftraggeber, Auftragnehmer, jährliche und Gesamtsummen)?

Die Ausgaben der Bundesregierung für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen beliefen sich im Fünfjahreszeitraum von 1999 bis einschließlich 2003 auf 168,8 Mio. Euro.

Von einer detaillierten Übersicht der auf den jeweiligen Auftragnehmer entfallenden Aufwendungen muss abgesehen werden: Grundsätzlich sind die mit den Beratungsfirmen geschlossenen Verträge als interne Unterlagen vertraulich. Darüber hinaus haben sich einzelne Auftragnehmer die Geheimhaltung der vereinbarten Vergütung vertraglich ausbedungen, so dass es bereits aus diesem Grund nicht möglich ist, eine aussagekräftige detaillierte Gesamtübersicht zu geben.

2. Wie haben sich die jährlichen Ausgaben für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen – aufgeteilt für die einzelnen Bereiche und einzelnen obersten und oberen Bundesbehörden – seit 1990 entwickelt?

Eine zentrale Auswertung der Daten ist wegen der Verschiedenartigkeit der Aufträge nicht möglich. Die Daten können daher nur manuell zusammengetragen werden. Allerdings ist die Datenlage der Zeit vor 1999 unsicher. Die Unterlagen über die Beauftragung von Beratern, Gutachtern und Expertenkommissionen sind Teil der jeweils übergeordneten Sachakten. Die Aufbewahrungsfristen richten sich u. a. nach den jeweiligen ressorteigenen Registraturrichtlinien, die eine Aufbewahrung nur für eine begrenzte Zeit, zum Teil nur fünf Jahre, anordnen. Im Übrigen konnten in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht alle verbliebenen Akten ausgewertet werden. Daher lassen sich aus der rein quantitativen Kostenverteilung auf der Basis der noch zur Verfügung stehenden Daten keine Schlussfolgerungen ziehen. Auf eine Darstellung nicht aussagekräftiger Rumpfdaten wurde daher verzichtet.

3. Wie hoch waren seit 1998 die Kosten für die Finanzierung von „Beauftragten des Bundes“ und für wen wurde dieses Geld aufgewandt (jährlich und Gesamtsummen)?

Zur Datenbasis vor 1999 siehe Antwort auf Frage 2.

Volumen							
Ressort	Beauftragte	1999	2000	2001	2002	2003	Summe*
		T ₁					
AA	Beauftragter der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle (ist gleichzeitig Abteilungsleiter)	99	107	108	114	104	532

* Abweichungen durch Rundung möglich

Volumen							
Ressort	Beauftragte	1999	2000	2001	2002	2003	Summe*
		T ₁					
AA	Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit	32	115	117	119	122	505
AA	Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt	24	125	119	121	28	417
BMA/ BMFSFJ	Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen im BMA – alt – <u>seit Ende 2002:</u> Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im BMFSFJ	2 009	1 295	1 390	1 597	1 858	8 149
BMFSFJ	Bundesbeauftragter für den Zivildienst	90	91	94	96	98	469
	Mitarbeiter/innen	72	74	76	78	80	380
BMGS	Drogenbeauftragte der Bundesregierung	0	27	64	144	90	325
BMGS	Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (nur Beauftragter und Sachkosten)	174	295	263	277	228	1 237
BMGS	Bundewahlbeauftragter für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger (nur Beauftragter und Sachkosten)	16	11	6	6	6	45
BMI	Beauftragter der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten in Deutschland	21	21	21	21	21	103

* Abweichungen durch Rundung möglich

Volumen							
Ressort	Beauftragte	1999	2000	2001	2002	2003	Summe*
		T ₁					
BMI	Bundesbeauftragte(r) für Asylangelegenheiten beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Kosten für MA und Sachkosten)	–	–	–	–	1 420	1 420
BMI	Bundesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (nur Beauftragte und eine MA'in sowie Sachkosten)	–	–	–	–	159	159
BMI	Bundesbeauftragte(r) für den Datenschutz (nur Beauftragter und Sachkosten)	–	–	–	–	121	121
BMJ	Beauftragter der Bundesregierung für die Menschenrechte	532	537	567	582	520	2 738
BMVEL	Bundeskommisar bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank	3	3	3	3	3	14
Insgesamt							16 614

* Abweichungen durch Rundung möglich

Im Übrigen wird auf die inhaltlichen Ausführungen der Bundesregierung vom 12. März 2003 in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Ute Vogt, auf die schriftliche Frage 1 des Abgeordneten Albrecht Feibel auf Bundestagsdrucksache 15/730 verwiesen.

- Ist es richtig, dass in den fünf Jahren Regierungszeit unter Bundeskanzler Gerhard Schröder mehr als 1 700 Analysen und Studien für 128 Mio. Euro bestellt und abgeliefert wurden (DER TAGESSPIEGEL vom 4. Januar 2004)?

Wenn nein, wie viele Analysen und Studien wurden gegen welche Bezahlung bestellt und abgeliefert – gegliedert nach den einzelnen obersten und oberen Bundesbehörden?

Hierzu wird auf die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Ute Vogt, vom 2. April 2003 auf die schriftliche Frage 19 des Abgeordneten Bartholomäus Kalb auf Bundestagsdrucksache 15/791 verwiesen.

5. Zu welchen Themen und Fragestellungen haben die einzelnen obersten und oberen Bundesbehörden seit dem Amtsantritt dieser Bundesregierung im Oktober 1998 Berateraufträge, Analysen und Studien vergeben (ab einem Auftragsvolumen von 50 000 Euro)?

a) Oberste Bundesbehörden

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
AA	Beraterauftrag	Einführungs-Coaching (Erarbeitung einer Controlling-Anleitung usw.)	138
AA	Beraterauftrag	Konzeptionelle Unterstützung, Schulungskonzept	138 zzgl. Spesen
AA	Beraterauftrag	Plankostenrechnung, Strategieplanung	138 zzgl. Spesen
AA	Beraterauftrag	strategische und operative Planung, Budgetierung etc.	111 zzgl. Spesen
AA	Beraterauftrag	Erarbeitung eines strategischen Zielsystems	127 (zzgl. MwSt.)
AA	Beraterauftrag	Unternehmens- und Rechtsberatung zur Neuorganisation des Bau- und Liegenschaftsmanagements für das Auswärtige Amt	175
AA	Beraterauftrag	Organisationsuntersuchung IT-Dienstleistungen	402 (zzgl. MwSt.)
BK-Amt	2 Berateraufträge	Ressortübergreifende Innovationspolitik	164
BK-Amt	Beraterauftrag	Bündnis für Arbeit	143
BK-Amt	Gutachten	EU-Osterweiterung	87
BK-Amt	Beraterauftrag	Koordinierungsoptimierung	74
BK-Amt	Beraterauftrag	Europäische Marktliberalisierung	70
BMF	Beraterauftrag	Medienberatung	65
BMF	Beraterauftrag	Intranetgestützte Lern- und Wissensplattform für die Aus- und Fortbildung in der BFV	233
BMF	Beraterauftrag	Benchmarking	99
BMF	Beraterauftrag	Auswirkungen der Unternehmensteuerreform	284
BMF	Beraterauftrag	Qualifizierung von Nachwuchskräften des höheren Dienstes nach Maßgabe des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes	119
BMF	Beraterauftrag	Prognoseverfahren Zinsentwicklung	78

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMF	Beraterauftrag	Familienförderung und Gender Mainstreaming	199
BMF	Beraterauftrag	Simulation der Besteuerung von Alterseinkünften	58
BMF	Beraterauftrag	Kosten Behandlung Elektro- und Elektronikschrott	74
BMF	Beraterauftrag	Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes 2000 bis 2006	104
BMF	Beraterauftrag	Selbstveranlagung Körperschaftsteuer – Planspiel	123
BMF	Beraterauftrag	Verkauf von Forstliegenschaften	102
BMF	Beraterauftrag	Münzproduktion und -vertrieb in D	100
BMF	Beraterauftrag	Datenbasis Einkommensteuermodell	61
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für das ifo-Institut	228
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für das Max-Born-Institut (MBI)	225
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für das Institut für Molekulare Biotechnologie (IMB)	240
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)	161
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung eines KLR-Fachkonzeptes für die Bundestagsverwaltung	302
BMF	Beraterauftrag	Anpassung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Forstverwaltung an den Standard der Bundesverwaltung	336
BMF	Beraterauftrag	Umsetzung des Fachkonzeptes zur Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für die Forstverwaltung mit SAP R/3	267
BMF	Beraterauftrag	Neuordnung des Immobilienmanagements des BMF	6 000

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMF	Beraterauftrag	Feststellen der Sanierungsfähigkeit von Unternehmen, Umstrukturierung BvS	2 595 (1999 bis 2003)
BMF	Berateraufträge	Privatisierung, u. a. Feststellung Kapitalmarktfähigkeit	12 612
BMF	Beraterauftrag	Strategische Beratung zur Unterstützung des Bundes bei der Deutsche Bahn AG zur Erreichung des langfristigen Ziels der Kapitalmarktfähigkeit	2 780
BMF	Beraterauftrag	Feststellung Kapitalmarktfähigkeit	174
BMF	Beraterauftrag	Spezifizierung SAP-Einweisung, Coaching	77
BMF	Beraterauftrag	Teamleitung Zoll-SAP-Team, Coaching, Konzept- und technische Pflege	230
BMF	Beraterauftrag	Entwicklung eines Planungs- und Steuerungssystems für die Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland	937 (Option 1) bzw. 1 232 (Option 2)
BMF	Beraterauftrag	Durchführung einer Mitarbeiterbefragung in der Bundeszollverwaltung	58
BMF	Beraterauftrag	Umsetzung des „Ganzheitlichen Ansatzes public E-Procurement“	557
BMF	Analyse	ATLAS – Projektreview 2	281
BMF	Beraterauftrag	Ext. Projektcontroller und -coach, ATLAS	605
BMFSFJ	Beraterauftrag	Ermittlung der Gesamtheit aller ressortspezifischen Maßnahmen (eGovernment-Strategie), die erforderlich sind, um die Bund-Online-2005-Initiative der Bundesregierung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend umzusetzen	68
BMFSFJ	Beraterauftrag	Dienstleistungsvertrag auf Grund des o. a. Rahmenvertrages zur Beratung und Unterstützung zum Aufbau und zur Implementierung eines Programmmanagements	je nach Aufwand ca. 206
BMGS	Untersuchung–Werkvertrag	Modellierung des Verlaufs eines Pockenausbruchs bei verschiedenen Interventionsstrategien	65

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMGS	Studie	„Retrospektive Analyse der Obduktionen wegen Behandlungsfehlerverdachts in den Instituten der Rechtsmedizin im Zeitraum 1990 bis 2000“, Uninkl. Bonn	132
BMGS	Studie	„Wirkfaktoren im Sterbeprozess“, Uni Oldenburg	64
BMGS	Evaluation – Werkvertrag	Implementierung von Qualitätsmanagement in der ambulanten Substitutionstherapie	92
BMGS	Studie	Drogenkonsum und Strafverfolgung	50
BMGS	Analyse	Umfang und Analyse problematischen Cannabiskonsums in Deutschland	201
BMGS	Studie	Repräsentativerhebung zum Konsum und Missbrauch von illegalen Drogen, alkoholischen Getränken, Medikamenten und Tabakwaren	1 021
BMGS	Evaluation – Werkvertrag	Evaluation der Raucher-sprechstunde	176
BMGS	Analyse	Kokainkonsum in Deutschland	167
BMGS	Analyse	Kokainkonsum in Deutschland	60
BMGS	Wiss. Begleitung – Werkvertrag	Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen	60
BMGS	Werkvertrag	Erstellung Gesamttaktenplan BMG	71
BMI – BGS	Beraterauftrag	Erstellung eines Fachkonzeptes für die KLR im BGS	459
BMI – BGS	Beraterauftrag	Betriebswirtschaftliche Begleitung der Umsetzung des KLR-Konzeptes	628
BMI	Beraterauftrag	Umsetzungsprojekt für die E-Government-Initiative BundOnline 2005	77
BMI	Beraterauftrag	Coaching IT-Benchmarking Ring	52
BMI – ZED	Beraterauftrag	Unterstützung bei der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens nach § 7 BHO	396
BMI – ZED	Beraterauftrag	Unterstützung bei der Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 BHO	109

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMI – PG netzwerk-BOS	Beraterauftrag	Unterstützung bei der Erstellung des Projektplans und der organisatorischen Ausgestaltung der PG netzwerk-BOS	80
BMI – UKPV	Beraterauftrag	Beratung und Unterstützung durch den Auftragnehmer als Sachverständigen bei der Ermittlung des SED/PDS-Auslandsvermögens, vorrangig in der Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein und in der Republik Ungarn	59
BMI – UKPV	Beraterauftrag	Unterstützung durch den Auftragnehmer in der Republik Ungarn bei sprachlichen und juristischen Fragestellungen sowie zu Hintergrundverhältnissen in Ungarn	133
BMI	Beraterauftrag	Mitarbeiterbefragung, Teamentwicklung, Optimierung interner Ablaufprozesse	214
BMI	Beraterauftrag	Erstellung eines Fachkonzeptes für eine Kosten- und Leistungsrechnung auf Basis der Standard-KLR für das BMI (neu: Controllingkonzeption für das BMI am Beispiel der Abt. BGS)	477
BMI	Beraterauftrag	Review INPOL-neu	769
BMI	Beraterauftrag	Neustrategie INPOL-neu	633
BMI	Beraterauftrag	IT-Standardisierung und Architekturen für eGovernment (SAGA)	288
BMI	Beraterauftrag	Beratungsleistungen zu elektronischer Vorgangsbearbeitung, Projekt DOMEA	565
BMJ	Beraterauftrag	Beratung bei der Vorbereitung der Vermittlung von Vorhaben der Justizpolitik in der Öffentlichkeitsarbeit	63
BMVBW	Beraterauftrag	Vorbereitung und Durchführung des Ausschreibungsverfahrens „Lkw-Maut Deutschland“, Unterstützung des BMVBW bei der Vergabeentscheidung sowie fachliche Begleitung der praktischen Einführung dieses Systems bis zur Betriebsbereitschaft	15 640

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMVBW	Gutachten	Durchführung eines Verfahrens zur Prüfung des Interesses an privatwirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten einer festen Querung des Fehmarnbells (Interessenbekundungsverfahren – IBV)	1 777
BMVBW	Analyse/Studie	Fortschreibung der Verkehrsprognose zur festen Fehmarnbeltquerung	183
BMVBW	Gutachten	Gutachterliche Stellungnahme zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit einer festen Verbindung über den Fehmarnbelt	231
BMVBW	Beraterauftrag	Beratungsleistungen zur fachlich-technischen Unterstützung für das EFRE-kofinanzierte Operationelle Programm Verkehrsinfrastruktur 2000 bis 2006 für das deutsche Zielgebiet 1 (1. 9. 2001 bis 31. 12. 2003)	484
BMVBW	Beraterauftrag	Beratungsleistungen zur fachlich-technischen Unterstützung für das EFRE-kofinanzierte Operationelle Programm Verkehrsinfrastruktur 2000 bis 2006 für das deutsche Zielgebiet 1 (1. 1. 2004 bis 31. 12. 2006)	550
BMVBW	Gutachter	Halbzeitbewertung des EFRE-Bundesprogramms 2000 bis 2006 nach Artikel 42 der Allgemeinen Strukturfondsverordnung der EG 1260/1999	159
BMVBW	Gutachter	Projekt P 20 – Fahrweg	57
BMVBW	Gutachter	Projekt P 20 – Fahrweg	53
BMVBW	Beraterauftrag	Weiterentwicklung Magnetschwebebahntechnik	1 143
BMVBW	Beraterauftrag	Weiterentwicklung Magnetschwebebahntechnik	1 867
BMVBW	Beraterauftrag	Weiterentwicklung Magnetschwebebahntechnik	2 757
BMVBW	Beraterauftrag	Kooperation China	261
BMVBW	Beraterauftrag	Weiterentwicklungsprogramm, TVE	143
BMVBW	Beraterauftrag	Vergabeverfahren	383

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMVBW	Gutachten	Vergaberechtliche Beurteilung der Weiterentwicklung der Magnetschwebbahntechnologie zu einem wirtschaftlichen Schwebbahnsystem für den öffentlichen Fern- und Regionalverkehr	91
BMVBW	Gutachten	Überprüfung der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung, um Verkehrsanteile für die Schiene zurückzubringen	152
BMVBW	Beraterauftrag	Einführung einer streckenbezogenen Lkw-Maut; Abwicklung der Harmonisierungsmaßnahmen § 3 Abs. 3 ABMG	160
BMVBW	Beraterauftrag	Qualitätsoffensive im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) (Vertrag wurde am 19./20. 12. 2003 in beiderseitigem Einvernehmen aufgehoben)	143
BMVBW	Beraterauftrag	Zusammenhang mit dem jährlichen Förderprogramm des Bundes für die deutsche Seeschifffahrt	156
BMVBW	Beraterauftrag	Privatisierung der Deutsche Bahn AG	90
BMVBW	Analysen und Studien	Quantitative Grundlagenstudie zur Positionierung und Profilierung des BMVBW in der öffentlichen Wahrnehmung	96
BMVBW	Analysen und Studien	Quantitative Grundlagenstudie zur Positionierung und Profilierung des BMVBW in der öffentlichen Wahrnehmung	118
BMVBW	Beraterauftrag	Beratung des BMVBW in Fragen der ministeriellen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	56
BMVBW	Beraterauftrag	Fragen der ministeriellen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	63
BMVBW	Beraterauftrag	Beratung bei der Umsetzung der Ergebnisse des in 2001 abgeschlossenen Vorhabens „Wahrnehmung der Ressortpolitik des BMVBW“	49

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMVBW	Beraterauftrag	Fortsetzung der Beratung bei der Umsetzung der Ergebnisse des in 2001 abgeschlossenen Vorhabens „Wahrnehmung der Ressortpolitik des BMVBW“ unter Einbeziehung des Aufbaus Ost	58
BMVBW	Gutachter	Prüfung von Schadensersatzansprüchen gegen den Auftragnehmer des Betreibervertrages zur Lkw-Maut	208
BMVBW	Beraterauftrag	Rechtliche Begleitung der Verhandlungen mit dem Auftragnehmer des Betreibervertrages zur Lkw-Maut; Durchsetzung von Schadensersatz- und Vertragsstrafenansprüchen; Vorbereitung eines schiedsrichterlichen Verfahrens	700
BMVBW	Beraterauftrag	Vorbereitung und Durchführung von Verhandlungen mit dem Auftragnehmer des Betreibervertrages zur Lkw-Maut	220
BMVBW	Konzeption und Unterstützungsleistung	Unterstützung beim Aufbau des BVBW-Intranet	172
BMVBW	Konzeption und Unterstützungsleistung	Lizenzbeschaffung und Implementierung Portalumgebung	202
BMVBW	Studie	Konzeption Verzeichnisdienst	101
BMVBW	Beraterauftrag	Aufbau zentraler Verzeichnisdienst	72
BMVBW	Beraterauftrag	Sicherheitskonzept BVBW-WAN	163
BMVBW	Beraterauftrag	Aufbau eines Abrechnungssystems BVBW-WAN	92
BMVBW	Beraterauftrag	Coaching PVS	89
BMVBW	Beraterauftrag	Coaching Abschluss PVS-Dienstvereinbarung mit HPR	60
BMVBW	Beraterauftrag	Abschluss einer Poolvereinbarung zur Regulierung der Schäden aus dem Flugunfall bei Überlingen am 1. 7. 2002	89
BMVBW	Beraterauftrag	PPP im öffentl. Hochbau	50
BMVEL	Beraterauftrag	Kosten- u. Leistungsrechng.	377
BMVEL	Beraterauftrag	Customizing der Software R/3	160
BMVEL	Beraterauftrag	Controlling-System	450

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMVEL	Beraterauftrag	Aufbau- und Ablauforganisation	793
BMVg	Beraterauftrag	Aufwandsbegrenzung und -Rationalisierung (AR)-Unterstützungsmaßnahme	2 135
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	2 379
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	3 415
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	2 000
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	0*
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	343
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	167
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	136
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	160
BMVg	Beraterauftrag	AR-Unterstützungsmaßnahme	0*
BMVg	Beraterauftrag	Managementunterstützung Kompetenzzentrum/Modernisierung	998
BMWA	Studie	Zwischenevaluation der Kompetenzzentren für den Elektronischen Geschäftsverkehr	116
BMWA	Studie	Wiss. Begleitforschung zum Städteettbewerb MEDIA @ Komm	1 897
BMWA	Studie	Begleitforschung für das Anwendungsprojekt „eVergabe“	664
BMWA	Studie	Scheiterursachen von Technologieunternehmen mit Beteiligungskapital aus dem BTU-Bereich – 1. 7. 2001 bis 30. 9. 2002	180
BMWA	Beraterauftrag	Digitale Integration – Internet für Alle	759
BMWA	Beraterauftrag	Marktchancen Kryptowirtschaft	562
BMWA	Analyse	Analyse der Entwicklung der FuE-Potenziale im Wirtschaftssektor der neuen Bundesländer im Zeitraum 1990 bis 1997	100
BMWA	Studie	Evaluierung des BMWA-Programms „Förderung der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren in KMU des Beitrittsgebietes“	195

* Bei den nicht bepreisten Verträgen handelt es sich lediglich um vertragstechnische Anpassungen

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMWA	Analyse	Längsschnittanalyse der Entwicklung von Innovationspotenzialen der neuen Bundesländer und Vergleich mit der Entwicklung der alten Bundesländer im Zeitraum 1989 bis 1998	131
BMWA (BMA-alt)	Studie	Evaluierung von Vermittlungsagenturen auf kommunaler Ebene	172
BMWA (BMA-alt)	2 Berateraufträge	Beratung der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ durch einen Berater für Organisationsentwicklung – vgl. auch Antwort zu Frage 22	170
BMWA (BMA-alt)	Beraterauftrag	Organisationsuntersuchung	748
BMWA	Studie	Vernetzungspotenziale innerhalb der maritimen Wertschöpfungskette am Schiffbau, Seeschifffahrts- und Hafenstandort Deutschland	475
BMWA	Beraterauftrag	Wirtschaftliche Beurteilung eines Bürgerschaftsantrages	140
BMWA	Beraterauftrag	Technische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Begutachtung und Bewertung der Stilllegungs- und Sanierungstätigkeit der Wismut GmbH für die Beratung der Bundesregierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Eigentümerin und Zuwendungsgeberin	767
BMWA	Beraterauftrag	Neuausrichtung der BfAI – Organisationsgutachten	243
BMWA	Beraterauftrag	Aufgaben, Struktur, Rechtsform und Ausstattung einer künftigen Gesellschaft des Bundes zur Werbung für den Investitionsstandort Deutschland	200
BMWA	Studien	Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe	142
BMWA	Studien	Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe	569

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMWA	Beraterauftrag	Beratung des BMWA bei der Erstellung des Monitoring-Berichts über Erfahrungen mit dem Netzzugang auf dem Strom- und Gasmarkt (Strom und Handlungsempfehlungen)	51
BMWA	Beraterauftrag	Beratung des BMWA bei der Erstellung des Monitoring-Berichts über Erfahrungen mit dem Netzzugang auf dem Strom- und Gasmarkt (Gas und Handlungsempfehlungen)	65
BMWA	Studie	Halbzeitbewertung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds für das OP des Bundes Ziel 1 und das EPPD Ziel 3	2 597
BMWA	Studie	Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL, Mid-Term-Bericht	2 780
BMWA	Studie	EU-Förderung in den neuen Bundesländern	57
BMWA	Studie	EU-Förderung in städtischen Gebieten in den neuen Bundesländern (URBAN)	100
BMWA	Studie	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)	164
BMWA	Studie	CO ₂ – Monitoring im Rahmen der Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft	131
BMWA	Studie	Ausbau ökologisch effizienter Kraft-Wärme-Kopplung (Rechtliche Aspekte)	66
BMWA	Studie	Ausbau ökologisch effizienter Kraft-Wärme-Kopplung (Ökonomische Aspekte)	50
BMWA	Studie	Kostenrechnungsansätze für kalkulatorische Kosten in Stromnetzen	81
BMWA	Beraterauftrag	Abschätzung der Kosten eines verpflichteten Betreibers einer Telekommunikationsanlage im Bereich des Internets	79
BMWA	Beraterauftrag	Rechtsberatung im Zusammenhang mit der Rückgabe einer UMTS-Lizenz	160

Oberste Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BMWA	Beraterauftrag	Beratung bei der Ausarbeitung einer Regelung über die WISMUT Langzeitaufgaben	100
BMZ	Beraterauftrag	Regionale Friedenssicherung	140
BMZ	Beraterauftrag	Ansatzpunkte für Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung auf der lokalen Ebene in Guatemala	110
BMZ	Beraterauftrag	Armutsbekämpfung und Genderfragen in der EZ	157
BMZ	Beraterauftrag	Internationale Wasserpolitik – Konfliktprävention und nachhaltige Entwicklung	60
BMZ	Beraterauftrag	Terrorismusprävention in Zentralasien	95
BMZ	Beraterauftrag	Menschenrechtsansatz in der deutschen EZ	120
BMZ	Beraterauftrag	Verhalten von Unternehmen in Konfliktregionen	70

Beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wurden Berateraufträge, Analysen und Studien (einschl. Gutachten) ab einem Auftragsvolumen von 50 000 Euro nach den Förderschwerpunkten der F + E Leistungsplansystematik, wie Weltraumforschung und Weltraumtechnik, Meeres- und Polarforschung, Meerestechnik, Energieforschung und Energietechnologie, umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung, Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit, Informationstechnik, Biotechnologie, Materialforschung, phys. und chem. Technologien, Forschung und Technologie in Mobilität und Verkehr, Raumordnung und Städtebau, Bauforschung, Bildungsforschung, Geisteswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und übrige Bereiche vergeben. Das BMBF hat seit 1998 einhundertfünfundfünfzig derartige Aufträge mit einem Mittelvolumen in Höhe von 83,6 Mio. Euro finanziert.

b) Obere Bundesbehörden

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BWpV	Beraterauftrag	Projektcontrolling	498
Bundesamt für den Zivildienst	Beraterauftrag	Beratung bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und Bewertung der Angebote für das Projekt „Migration der Altsysteme“	75
Bundesamt für den Zivildienst	Beraterauftrag	Nachhaltige Verbesserung der Projektkultur im BAZ	87

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BfArM	Beraterauftrag	Gebührenkalkulation	330
PEI	Beraterauftrag	KLR	460
DIMDI	Beraterauftrag	KLR	140
BVA	Beraterauftrag	Personalbedarfsermittlung	65
BSI	Beraterauftrag	Beratung und Schulung Projekthandbuch	203
BfV	Beratervertrag	Unterstützung KVP Prozess/ Qualitätsmanagement/Controlling	118
BpB	Beraterauftrag	Organisationsentwicklung	51
BpB	Studie	Resonanz der Arbeit der BpB und ihrer Produkte	238
BKA	Beraterauftrag	Führungsinformationssystem, Controlling	1 717
BKA	Beraterauftrag	Qualitätssicherung, Qualitätsmanagement	2 829
BKA	Beraterauftrag	ext. Projektmanagement	1 288
BKA	Beraterauftrag	Controlling	396
BKA	Beraterauftrag	Internationaler Finanzmarkt, irreguläre Finanztransaktionen, Wirtschafts- und Finanzplatzanalysen, Offshore Banking, Underground Banking	600
BKA	Beraterauftrag	Unterstützung des IT-Managements/INPOL-neu	4 807
BKA	Beraterauftrag	Externes Controlling/INPOL-neu	1 621
BKA	Beraterauftrag	Gesamtprojektleitung INPOL-neu	550
BKA	Beraterauftrag	Unterstützung und Beratung des IT-Direktors i. R. d. Projekts INPOL-neu	638 (fallen erst 2004/ 2005 an)
BSH	Beraterauftrag	Beratung und Coaching bei der Entwicklung eines meereskundlichen Daten-, Informations- und Analysesystems	185
BSH	Beraterauftrag	Entwicklung eines Corporate Design Konzeptes, Adaption auf Geschäftspapier und Infomaterial	55
BSH	Beraterauftrag	Relaunch Website incl. Anpassung an Cooperate Design (Konzeption, Syleguide, Programmierung, Dokumentation)	72

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BSH	Beraterauftrag	Unterstützung des Sachgebiets „Organisation“ bei der Durchführung der Dienstpostenbemessung für die Organisationseinheiten des BSH	1 440
BSH	Beraterauftrag	Entwicklung eines QM-Systems für die Abteilung Z und die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit im BSH	105
BSH	Beraterauftrag	Beratung und Schulung zur Zertifizierung der Abteilung Meereskunde	103
BSH	Beraterauftrag	Coaching Organisationsberatung	64
BSH	Beraterauftrag	Einführung Qualitätsmanagement in der IT	50
BSH	Beraterauftrag	Erstellung einer Machbarkeitsstudie zum Einsatz von SAP im Vertrieb des BSH mittels ARIS	61
BSH	Beraterauftrag	Beratung und Schulung zur Akkreditierung und Zertifizierung der Abteilung Schifffahrt	101
Bundeseisenbahnvermögen (BEV)	2 Berateraufträge	Privatisierung Eisenbahnwohnungsgesellschaften	38 385
BEV	1 Beraterauftrag	Rahmenvereinbarung Immobilien	148
BEV	2 Berateraufträge	Neuausrichtung Eisenbahn-Immobilien-gesellschaft (EIM)	1 834
BEV	1 Beraterauftrag	Organisationüberprüfung und Zukunftsaspekte BEV	184
BEV	2 Berateraufträge	Beratung, Implementierung und Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung	956
BEV	1 Beraterauftrag	Netzwerk- und Kommunikationskonzept	100
BEV	1 Beraterauftrag	Client-Server-Installation	120
BEV	1 Beraterauftrag	SAP-Einführung	450
BEV	1 Beraterauftrag	Unterstützungsleistungen IT	57
BEV	1 Beraterauftrag	Hardware-Konzeption	150

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BEV	1 Beraterauftrag	NT-Installation	106
BEV	1 Beraterauftrag	Projekt Haushaltsmanagement	166
BEV	1 Beraterauftrag	Euro-Umstellung	224
BEV	1 Beraterauftrag	Travelmanagement	100
BEV	1 Beraterauftrag	Netzwerk- und Systemmanagement	70
BEV	1 Beraterauftrag	Orga-Untersuchung	156
BEV	1 Beraterauftrag	Örtliche Personaldatenverarbeitung	83
BEV	1 Beraterauftrag	Releasewechsel	140
BEV	1 Beraterauftrag	Telearbeit	59
BEV	1 Beraterauftrag	Optische Archivierung	66
BEV	1 Beraterauftrag	NT-Installation	64
BEV	1 Beraterauftrag	Datenaustausch Zulassungsstelle für Altersvermögen	82
BEV	1 Beraterauftrag	Personalaktenarchiv	98
Eisenbahn-Bundesamt (EBA)	2 Gutachten	ICE-Unfall Eschede	300
EBA	2 Berateraufträge	Dienstpostenbewertung	200
BBR	Beraterauftrag	Kongreßzentrum Bundeshaus Bonn	274
Bundessortenamt	Beraterauftrag	Organisationsuntersuchung	240
BMVg	Beraterauftrag	Managementunterstützung Kompetenzzentrum/Modernisierung	0
Reg TP	Beraterauftrag	Änderung des Nachfrageverhaltens bei Telefondiensten	130
Reg TP	Studie	Kostenstudie Netzzugangsleistungen DT AG	121

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
Reg TP	Studie	Frequenzbereich 1,8 MHz–250 GHz	66
Reg TP	Studie	Ermittlung von Prozesskosten und Anfertigung einer Machbarkeitsstudie	67
Reg TP	Studie	Optimierung der operativen Geschäftsprozesse; Projekt zur Einnahmesicherung	95
Reg TP	Studie	Marktabgrenzung und Marktbeherrschung im Telekomsektor	66
Reg TP	Studie	Ermittlung von Zinssätzen, Entgeltnträge DT AG	102
Reg TP	Studie	Rahmenbedingungen Prüfung DT AG für digitale Standardverbindungen	96
Reg TP	Studie	Analytisches Kostenmodell Anschlussnetz 2.0	85
Reg TP	Studie	Intern. Tarifvergleich von Zusammenschaltungsentgelten	145
Reg TP	Studie	Beschaffung von Daten zur Fortführung des analytischen Kostenmodells	70
Reg TP	Studie	Intern. Vergleich von Entgelten, Festnetz in Mobilfunkdiensten	75
Reg TP	Studie	Optimierung der operativen Geschäftsprozesse	465
Reg TP	Studie	Verträglichkeitsanalyse digitaler Funkssysteme	55
Reg TP	Studie	Wirtschaftlicher Wert der UMTS-Lizenzen in Deutschland	85
Reg TP	Studie	Studie nachfragegerechter Postdienstleistungen, Teilleistungen und Zugang zu Postfachanlagen und Adressänderungen	374
Reg TP	Studie	Entwicklungsmöglichkeit der Mobilfunknetze D1 und D2	90
Reg TP	Studie	Gutachten zum Ordnungsrahmen TKG; Price Cup Systems	71
Reg TP	Beraterauftrag	Internationaler Vergleich der Telekommunikationsmarktbedingungen	90
BGR	Beraterauftrag	Personalbedarfsermittlung	82
BGR	Beraterauftrag	Personalbedarfsermittlung	130

Obere Bundesbehörden	Berateraufträge, Analysen und Studien	Themen	Auftragsvolumen – T€ –
BGR	Studie	Vermarktungsfähige Intellektuell Properties	185
BGR	Studie	Trägerförderung	50
PTB	Analyse	Evaluation PTB	126
BfAI	Beraterauftrag	Untersuchung des Dienstleistungsangebots sowie der Organisationsstruktur der bfai	243
BAW	Beraterauftrag	IT-Organisationsgutachten	40
BAFA	Beraterauftrag	Machbarkeitsstudie zum Workflow, Grobkonzept	148
BAFA	Studie	Vorstudie Netzstruktur	7
BAFA	Beraterauftrag	IT-Strategie der Zusammenführung	130
BAFA	Beraterauftrag	IT-Sicherheitskonzept	45

6. Welche Beraterverträge sind durch Tochtergesellschaften des Bundes – beispielsweise die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) und deren Tochterunternehmen – in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Komplexen vergeben worden?

Nach der Einleitung und insbesondere der beispielhaften Nennung der GEBB wird nicht auf alle Beteiligungsunternehmen des Bundes abgestellt, sondern nur auf solche Beteiligungen, die für den Bund Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Bei den durch die GEBB vergebenen Aufträgen handelt es sich durchgehend um externe Unterstützungsleistungen für konkrete Einzelvorhaben.

Angaben zur Höhe der Vergütung und zum Auftragnehmer werden aus den in der Vorbemerkung der Bundesregierung und der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Gründen nicht genannt.

Ressort	Unternehmen	Themen
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistungen für Prozessoptimierung Systemhaus
BMVBW	DFS GmbH	Beratung für Service- und Prozessanalyse sowie Service Level Agreement Erstellung (ITIL)
BMVBW	DFS GmbH	Projektberatung Service Management Zentrale
BMVBW	DFS GmbH	Unterstützung bei der ISO 9001-Zertifizierung
BMVBW	DFS GmbH	Beratung Sonderaufgaben in Verbindung mit dem Regulatory Committee bei EUROCONTROL
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistungen Projekt „Macedonia“
BMVBW	DFS GmbH	Strategie Review 2003
BMVBW	DFS GmbH	Anleihen-Informationsmemorandum
BMVBW	DFS GmbH	Beraterleistungen „Initiative Luftverkehr“

Ressort	Unternehmen	Themen
BMVBW	DFS GmbH	Zertifizierung des Quality Management-Systems der DFS-Consulting
BMVBW	DFS GmbH	Erstbegutachtung 2003
BMVBW	DFS GmbH	Begutachtung zur Systemförderung
BMVBW	DFS GmbH	Systembegutachtung ISO 9001:2000
BMVBW	DFS GmbH	Beratung im Quality Management
BMVBW	DFS GmbH	Konzeptionsberatung Unternehmensplanung
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistungen Projekt „Macedonia“
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistungen im Rahmen des EUROCONTROL-EATMP-TRS 125/02
BMVBW	DFS GmbH	Vorbereitung Safety Assessment
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistung zur technischen Gebäude-management-Ausschreibung NL Karlsruhe
BMVBW	DFS GmbH	Beratung „Produktivität Geschäftsbereich Center und Betriebsstättenkonzept (BSK) Masterplan“
BMVBW	DFS GmbH	Moderation und Begleitung des Scenario-Prozesses
BMVBW	DFS GmbH	Strategieentwicklung
BMVBW	DFS GmbH	Beratung bei der Erarbeitung und Abstimmung einer strategischen Leitlinie des GB Center im Rahmen von Single European Sky
BMVBW	DFS GmbH	Quality Management-Beratung zur ISO 9001 Zertifizierung
BMVBW	DFS GmbH	Treasury-System Beratung
BMVBW	DFS GmbH	Beratungsleistungen bei der Konzeption des Flugsicherungsgebührenabrechnungssystems
BMVBW	DFS GmbH	Führungskräfteentwicklung
BMVBW	DFS GmbH	Führungskräfteentwicklung
BMVBW	DFS GmbH	Führungskräfteentwicklung
BMVBW	DFS GmbH	Personalauswahl
BMWA	Wismut GmbH	Spez. Fragen der Sanierung
BMWA	Wismut GmbH	Akquisition von Tätigkeiten im Bereich der Durchführung auf externem Markt; Unterstützung als Seniorpartner in der Abarbeitung von Dienstleistungsaufträgen
BMWA	Wismut GmbH	Unterstützung bei der Akquisition von Tätigkeiten im Bereich der Durchführung auf dem externen Markt, insb. Skandinavien u. Russland, Vorbereitung und Begleitung dieser Tätigkeiten
BMWA	Wismut GmbH	Beratung im Zusammenhang mit Flutung Grube Dresden-Gittersee

Ressort	Unternehmen	Themen
BMWA	WISUTEC GmbH	Vertriebsunterstützung für Bergbausanierung Ruhrgebiet
BMWA	WISUTEC GmbH	Beratung Markterschließung Russland
BMWA	WISUTEC GmbH	Einführung Qualitätsmanagementsystem ISO 9001

7. Welche zehn Beraterfirmen haben – gegliedert nach Zahl der Aufträge und Beraterhonorar – seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998 die umfangreichste Beratung der Bundesregierung geleistet?

Eine entsprechende Auswertung zur Zahl der Berateraufträge war in Anbetracht der Fülle des Datenmaterials in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Im Übrigen sind Auskünfte zum Beraterhonorar einzelner Firmen im Rahmen der Kleinen Anfrage aus rechtlichen Gründen nicht zulässig (s. a. Vorbemerkung der Bundesregierung und Antwort zu Frage 1).

8. Ist der Bundesregierung oder ihren Mitgliedern bekannt, ob und in welchem Umfang diese Unternehmen Beratungsleistungen für die die Bundesregierung tragenden Parteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN leisten oder geleistet haben?

Nein.

9. Ist es richtig, dass seit Beginn der 14. Wahlperiode 361 Berater von den einzelnen obersten und oberen Bundesbehörden herangezogen wurden und hierfür 47,82 Mio. Euro Honorare fällig wurden (DER TAGESSPIEGEL vom 4. Januar 2004)?

Wenn nein, wie viele Berater wurden von den einzelnen Bundesministerien zu welchem Preis beauftragt?

Die genannten Angaben entsprechen der Antwort des Bundesministeriums des Innern (BMI) auf schriftliche Fragen des Abgeordneten Albrecht Feibel. Hierauf wird verwiesen (Antwort des Staatssekretärs Dr. Göttrik Wewer vom 2. Mai 2003 auf Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 15/980, Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 13. Mai 2003 auf Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 15/988).

10. Ist der Bundesregierung bekannt, dass Beraterhonorare mit Tagessätzen bis zu 8 000 Euro gezahlt werden?
11. Wenn ja, mit welchen Bundesministerien wurden solche Beraterhonorare vereinbart und um welche Unternehmen handelt es sich dabei?

Der Bundesregierung sind Beraterhonorare in dieser Höhe nicht bekannt.

12. Wie hoch ist der Durchschnittstagesatz der vereinbarten Beraterhonorare?

Soweit nach Tagessätzen abgerechnet wird, liegt der durchschnittliche Tagessatz für Beratungstätigkeiten ausweislich einer Querschnittsprüfung bei einer Größenordnung von 1 500 Euro; dies entspricht dem Branchenüblichen.

13. In welchen Fällen und in welchem Umfang ist Beraterunternehmen die Infrastruktur der Bundesministerien bzw. nachgeordneten Behörden zur Verfügung gestellt worden (Büroräume, Computer etc.)?

Es ist üblich und wirtschaftlich, Beratungsfirmen möblierte Büroräume innerhalb ihres Wirkungsbereiches, wo nötig mit IT-Ausstattung, zur Verfügung zu stellen. Von einer detaillierten Auflistung wird daher abgesehen.

14. Welche Aufträge für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen wurden von welchen obersten und oberen Bundesbehörden ohne vorherige Ausschreibung vergeben?

Grundsätzlich ist es zulässig, nach Maßgabe der einschlägigen Vergabevorschriften (z. B. VOL/A) Aufträge auch in freihändiger Vergabe zu erteilen. Daher ist allein der Umstand, dass freihändig Aufträge vergeben wurden, ohne Aussagekraft. Abgesehen davon ist eine vollständige Beantwortung der Frage für alle Ressorts – bezogen auf jeden einzelnen Auftrag für Berater, Gutachten und Expertenkommissionen – u. a. auch deshalb nicht möglich, da die Aufbewahrungsfristen für die entsprechenden Unterlagen zum Teil bereits abgelaufen und diese somit nicht mehr verfügbar sind.

15. Haben die obersten und oberen Bundesbehörden die Beraterleistungen in regelmäßigen Abständen dokumentiert und kontrolliert?

Wenn ja, sind bei diesen Dokumentationen und Kontrollen Mängel festgestellt und entsprechende Konsequenzen gezogen worden?

In welchen Fällen ist dies geschehen und sind damit die Kosten – in welchem Umfang – der Auftragsvergabe gesunken?

Beratungsleistungen beruhen in der Regel auf Werkverträgen und werden nach den gleichen Grundsätzen dokumentiert und kontrolliert, die für alle Verträge gelten. Eine spezifische Kontrolle ist nicht geboten.

Im Jahr 2003 wurden z. B. in folgenden Fällen Konsequenzen aus den bei regelmäßigen Kontrollen festgestellten Mängeln gezogen:

Ressort	Beratungsleistungen	Festgestellte Mängel	Konsequenzen ja/nein	Kosten-senkung in T€
BMZ	Forschungsvorhaben: Wert der biologischen Vielfalt für die Armutsbekämpfung	Der vorgelegte Entwurf des Gutachters wurde den thematischen Vorgaben des BMZ nicht vollständig gerecht. Es war eine Überarbeitung erforderlich.	ja	6,4

Ressort	Beratungsleistungen	Festgestellte Mängel	Konsequenzen ja/nein	Kosten-senkung in T€
BMFSFJ	Beratung zur Erarbeitung eines IT-Masterplans	nicht zufriedenstellende Leistung	ja	2,0
BMFSFJ	Beratung im Rahmen des Programmmanagements	nicht zufriedenstellende Leistung	ja	Austausch des Beraters
BAZ	Beratung bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und Bewertung der Angebote für das Projekt „Migration der Altsysteme“	nicht zufriedenstellende Leistung	ja	3,8

16. Ist vor der Vergabe jedes einzelnen Beratervertrages in den jeweiligen obersten und oberen Bundesbehörden intern geprüft worden, ob diese Leistungen auch durch Mitarbeiter der jeweiligen obersten und oberen Bundesbehörden hätten erfüllt werden können?

Sind die entsprechenden internen Prüfungen schriftlich dokumentiert worden?

Bei welchen Aufträgen hat eine entsprechende Prüfung nicht stattgefunden?

Vor jedem Auftrag wird geprüft, ob die Leistungen mit eigenem Personal erbracht werden können. Entsprechende Ergebnisnotizen sind regelmäßig in den Fachakten dokumentiert.

17. In wie vielen und welchen Fällen hat der Bundesrechnungshof seit Amtsantritt der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998 die Vergabepaxis bzw. die Kosten für externe Berater und Gutachter der Bundesregierung geprüft und mit welchem Ergebnis?

Der Bundesrechnungshof hat sich in einer Reihe von Fällen mit der Beratung der Bundesverwaltung durch Externe in dem benannten Zeitraum befasst. Zum Teil war diese Thematik Gegenstand von Prüfungen, teilweise ergaben sich Prüfungserkenntnisse im Kontext mit anderen Prüfungsanlässen. In einer Querschnittsprüfung wurden beispielsweise rund 100 einzelne Beratungsfälle untersucht.

Die Ergebnisse seiner Prüfungen hat der Bundesrechnungshof den zuständigen Dienststellen mitgeteilt und im kontradiktorischen Verfahren abgestimmt. Der Bundesrechnungshof hat im Rahmen seiner Beratungstätigkeit gemäß § 88 Abs. 2 BHO mehrfach darüber berichtet.

Soweit die gewonnenen Erkenntnisse bedeutsam waren oder ein besonderer Berichts Anlass bestand, hat der Bundesrechnungshof die parlamentarischen Gremien über seine Feststellungen informiert. Die Berichte enthalten neben kritischen Anmerkungen zu den Vergabeverfahren und zur Bedarfsanalyse auch

Empfehlungen und Hinweise, wie Mängel und Fehler bei der Vergabe externer Beratungsleistungen vermieden werden können.

Über das Ergebnis seiner Querschnittsprüfung wird der Bundesrechnungshof den Deutschen Bundestag unterrichten.

18. In wie vielen und welchen Fällen haben die Vergabekammern des Bundeskartellamtes die Vergabe öffentlicher Aufträge für externe Berater und Gutachter der Bundesregierung nachgeprüft und mit welchem Ergebnis?

Bei den Vergabekammern des Bundes gab es im Jahr 2003 folgende Nachprüfungsverfahren, die Beraterverträge im weitesten Sinne zum Gegenstand hatten:

Ein Antrag betraf einen Auftrag zur Einführung eines durchgängigen Controllings im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Der Antrag ist wegen Unzulässigkeit verworfen worden (Beschluss der 1. Vergabekammer vom 26. Februar 2003 – VK 1 – 07/03). Gegen den Beschluss ist keine sofortige Beschwerde eingelegt worden. Die anonymisierte Fassung des Beschlusses ist ins Internet eingestellt worden.

Ein weiterer Antrag bezog sich auf eine Studie aus dem Bereich des BMVg zu Ausbildungskonzepten für die Bundeswehr. Dieser Antrag ist zurückgenommen worden (VK 1 – 79/03).

Ein dritter Nachprüfungsantrag betrifft die Vergabe der IT-technischen Betreuung und Beratung der Mitglieder des Deutschen Bundestages und deren Mitarbeiter. Über diesen Antrag ist noch nicht entschieden worden.

19. Haben Beschwerdeverfahren vor zuständigen Oberlandesgerichten stattgefunden, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Im Jahr 2003 haben keine Beschwerdeverfahren vor zuständigen Oberlandesgerichten stattgefunden.

20. In wie vielen und welchen Fällen wurden Beraterverträge nach Vergabe wieder durch einen der Vertragspartner aufgelöst und warum?

Siehe hierzu die folgende Übersicht:

Ressort	Fall	Begründung
BMF	Entwicklung eines Planungs- und Steuerungssystems für die Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland (PluS Zoll)	Für die geplante IT-Umsetzung mit Hilfe eines Data-Warehouse waren die notwendigen Haushaltsmittel durch umfangreiche Streichungen im entsprechenden IT-Haushalt nicht mehr verfügbar. Daraufhin wurde der Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen gekündigt.
BMF	Bundeswertpapierverwaltung – BWpV –	Ausgesetzte Personalbedarfsermittlung wegen Unsicherheit über künftige Aufgaben der BWpV
BMVBW	Qualitätsoffensive im öffentlichen Personennahverkehr; „Bahngutachten“	Objektivität des Gutachtens ist wegen der Beschäftigung des Auftragnehmers bei der Bahn AG in Frage gestellt worden. Vertrag wurde in beiderseitigem Einverständnis aufgehoben.

21. Wie viele Berater wurden von den einzelnen Bundesministerien in der 12. und 13. Wahlperiode herangezogen und in welchem Umfang wurden dazu Mittel bereitgestellt?

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

22. Welche Beratungsfirmen hat das BMWA (und vormals das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie/BMWi sowie das vormalige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/BMA) seit Amtsantritt des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu welchem Zwecke und zu welchem Honorar beauftragt?

23. Welche dieser Aufträge wurden ohne vorherige Ausschreibung vergeben?

Angaben zur Höhe der Vergütung und zum Auftragnehmer werden aus den in der Vorbemerkung der Bundesregierung und der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Gründen nicht genannt. Insgesamt wurden für die nachstehenden Beratungen rund 4,2 Mio. Euro aufgewendet.

Zweck	Ausschreibung Ja/Nein
Risikoabschätzung des EIF/ERP-Beteiligungs-Kapital-Dachfonds	Ja
Erstellung von Handlungsempfehlungen zur Regelung von E-Commerce auf Weltausstellungen	Nein
Beratung bei der Erstellung eines Monitoring-Berichts über Erfahrungen mit dem Netzzugang auf dem Strom- und Gasmarkt (Bereich Strom)	Ja
Beratung bei der Erstellung eines Monitoring-Berichts über Erfahrungen mit dem Netzzugang auf dem Strom- und Gasmarkt (Bereich Erdgas)	Ja
Resale-Verpflichtungen im Mobilfunk unter neuem EG-Rechtsrahmen	Nein
Vergaberechtsänderungsgesetz (VgRÄG)	Ja
Markt- und Wettbewerbsentwicklung im Telekommunikationsmarkt	Nein
Vor-Ort-Energieberatung	Ja
Gesamtwirtschaftliches Szenario, um die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bis 2010 bewerten zu können	Nein
Auswertung der Stellungnahmen zum Entwurf des neuen Telekommunikationsgesetzes (TKG)	Nein
Übertragbarkeit des österreichischen Regulierungsmodells auf die deutschen Verhältnisse im Rahmen der Einrichtung einer Regulierungsbehörde für den deutschen Energiemarkt	Nein
Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	Ja
Wirtschaftliche Beurteilung eines Bürgerschaftsantrages	Nein
Neuausrichtung der BfAI – Organisationsgutachten	Ja

Zweck	Ausschreibung Ja/Nein
Aufgaben, Struktur, Rechtsform und Ausstattung einer künftigen Gesellschaft des Bundes zur Werbung für den Investitionsstandort Deutschland	Ja
Koordinierung der Kampagne „Internet für Alle“	Ja
3 Marktstudien „Kryptowirtschaft“	Ja
Beratung der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“	Nein
Mitwirkung bei der Erstellung des Berichts der „Kommission moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“	Nein
Umfassende Beratung der Leitung des Ministeriums in allen Fragen der Mediennutzung, der Pressearbeit, insbesondere auch bei Presseauftritten und sonstigen öffentlichen Auftritten in persönlicher und schriftlicher Form bis hin zur Begleitung bei Presse- und Öffentlichkeitsterminen auf nationaler und internationaler Ebene	Nein
Technische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Begutachtung und Bewertung der Stilllegungs- und Sanierungstätigkeit der Wismut GmbH für die Beratung der Bundesregierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Eigentümerin und Zuwendungsgeberin	Ja
Organisationsuntersuchung	Ja
Rechtsberatung im Zusammenhang mit der Rückgabe einer UMTS-Lizenz	Nein
Beratung in der Ausarbeitung einer Regelung über die Wismut-Langzeitaufgaben	Nein

24. Hat das BMWA (und vormals das BMWi sowie das vormalige BMA) externe Berater eingestellt (fest oder zeitlich befristet)?

Nein.

25. Welche Kosten hat die Einsetzung der „Rürup-Kommission“ verursacht?

Im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) war für die Kommission unter Kapitel 15 01 Titel 526 04 ein Betrag von insgesamt 1 Mio. Euro veranschlagt. Die Ist-Ausgaben betragen 943 188,73 Euro.

26. Welche Ergebnisse der Kommission, die vor deren Einsetzung noch nicht bekannt waren, hat oder wird die Bundesregierung umsetzen?

Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung war der Auftrag der Kommission auf die Überprüfung der Wirkungen der Rentenreform des Jahres 2001 und die Erarbeitung von Vorschlägen gerichtet, wie die Finanzgrundlagen der Rentenversicherung gesichert werden können (Beitragssätze bis zum Jahre 2020 nicht über 20 % und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 %) und wie der mit dem

Aufbau der kapitalgedeckten Ergänzungssysteme eingeschlagene Weg weitergeführt werden kann.

Für die gesetzliche Rentenversicherung hat die Kommission empfohlen, am System der Lohn- und Beitragsbezogenheit festzuhalten und gleichzeitig den Verbreitungsgrad der betrieblichen und privaten Altersvorsorge weiter zu erhöhen. Angesichts steigender Lebenserwartung und weiterhin niedriger Geburtenraten wurden zur Begrenzung des Beitragssatzanstiegs bis zum Jahr 2030 eine stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre, die Veränderung der Rentenanpassungsformel durch Ergänzung um einen Nachhaltigkeitsfaktor und Dynamisierung der Renten nach der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte anstatt der Bruttolöhne und -gehälter aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, eine Aufstockung der Schwankungsreserve bei Belebung der konjunkturellen Entwicklung und die Verbesserung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge vorgeschlagen.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Vorschläge ist mit der Erstellung eines entsprechenden Gesetzentwurfs begonnen worden. Fast alle Vorschläge der Kommission haben Eingang in den Gesetzentwurf gefunden.

Die Vorschläge der Rürup-Kommission zur Reform des Gesundheitswesens und der Pflegeversicherung werden geprüft und weiter diskutiert.

27. Welche Beiräte hat die Bundesregierung eingesetzt?

28. Welche Kosten entstehen dem Bund durch die Beiräte der Bundesregierung (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Beiräten)?

Von den nachfolgend aufgeführten Beiräten sind seit der 14. Legislaturperiode lediglich 15 Beiräte neu eingesetzt worden. Im gleichen Zeitraum wurden allerdings auch bestehende Beiräte aufgelöst.

Ressort	Im Jahr 2003 tätige Beiräte	Kosten 2003 in T€
AA	Völkerrechtswissenschaftlicher Beirat	5
AA	VN-politischer Beirat	4
BMF	Wissenschaftlicher Beirat des BMF	126
BMFSFJ	Beirat für Familienfragen	25
BMFSFJ	Bund-Länder-Arbeitskreis „Altenpolitik“	4
BMFSFJ	Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“	5
BMFSFJ	Kuratorium für die Bundesjugendspiele	1
BMFSFJ	Ausschuss für die Bundesjugendspiele	2
BMFSFJ	Beirat für den Zivildienst	6
BMFSFJ	Arbeitsgruppe „Frauenhandel“	5
BMFSFJ	Ad-hoc-Beratungseinrichtungen nach Bedarf	3
BMGS	Gemeinsamer wissenschaftlicher Beirat	4
BMGS	Nationaler AIDS-Beirat	20
BMGS	Ärztlicher Sachverständigenbeirat	37

Ressort	Im Jahr 2003 tätige Beiräte	Kosten 2003 in T€
BMGS	Beirat für Orthopädietechnik	2
BMGS	Beirat für die Teilhabe behinderter Menschen	10
BMGS	Sozialbeirat	20
BMGS (BzgA)	Wissenschaftlicher Beirat	10
BMGS (PEI)	Wissenschaftlicher Beirat	10
BMGS (BfArM)	Wissenschaftlicher Beirat	8
BMGS (RKI)	Wissenschaftlicher Beirat	7
BMVBW	Wissenschaftlicher Beirat des BMVBW (18 Mitglieder, die ehrenamtlich tätig sind und lediglich Reisekostenerstattungen und Getränke zu den jeweiligen Sitzungen erhalten)	57
BMVBW	Beirat für Raumordnung	19
BMVEL	Wissenschaftlicher Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik	20
BMVEL	Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, nach- haltige Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Raum	20
BMVEL	Wissenschaftlicher Beirat für Düngungsfragen	7
BMVEL	Bundesausschuss für Weinforschung	3
BMVEL	Tierschutzkommission	5
BMVEL	Beirat zur Feststellung der Ertragslage der Landwirtschaft	3
BMVEL	Sachverständigenausschuss für die Auswertung der Viehzählung	3
BMVEL	Sachverständigenausschuss gemäß Milch- und Margarinegesetz	1
BMVEL	Gutachterkommission Waldinventur	3
BMVEL	Beirat zu genetischen Ressourcen	2
BMVEL	Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission (DLMBK)	22
BMVEL	Sonstige Ausgaben	1

Ressort	Im Jahr 2003 tätige Beiräte	Kosten 2003 in T€
Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)	Wissenschaftlicher Beirat	7
	Berufungsbeirat	3
	Verbraucherbeirat	7
	Kosmetikkommission	22
	Kunststoffkommission	19
	Kommission „Erkennung und Behandlung von Vergiftungen“	19
	Wein- und Fruchtsaftanalysekommision	5
	Kommission „ZEBET“	8
	Kommission „Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte“	14
	Kommission „Neuartige Lebensmittel“	10
	Nationale Stillkommission	10
	Ad-hoc einberufene Beratungsgremien	3
	Kommission für die Zulassung von Nahrungsergänzungsmitteln	5
	Kommission zur mikrobiologischen Risikobewertung von Lebensmitteln (Hygienekommission)	6
	Beiräte beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	Ausschuss für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
Ausschuss Überwachung Sachverständigenausschuss für Pflanzenschutzmittel		
Gremium zur Festlegung von Untersuchungsverfahren bei Futtermitteln		
Sachverständigengruppen zum Lebensmittel-Monitoring		
Expertengruppe neue Wirkstoffe bei Tierarzneimitteln		
Beiräte bei den Forschungsanstalten im Ressortbereich des BMVEL	Kuratorium der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft	3
	Beirat der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	1
	Fachbeiräte für Forstschutz, Vorratsschutz, Geräte-Erklärungsverfahren, Geräte-Anerkennungsverfahren, Umweltfragen und Bienen	10
	Beirat der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	3
	Beirat der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	4
	Beirat der Bundesanstalt für Milchforschung	2
	Beirat der Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung	2
	Beirat der Bundesanstalt für Fleischforschung	2
	Beirat der Bundesforschungsanstalt für Ernährung	3
	Beirat der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	2
	Beirat der Bundesforschungsanstalt für Fischerei	1

Ressort	Im Jahr 2003 tätige Beiräte	Kosten 2003 in T€
BMVg	Beirat des Bundesministers der Verteidigung für Fragen der Inneren Führung	36
BMVg	Beirat des Bundesministers der Verteidigung für das Militärgeschichtliche Forschungsamt und für Museumsfragen	4
BMWA	Wissenschaftlicher Beirat beim BMWA	71
BMWA	Mittelstandsbeirat	8
BMWA	Tourismusbeirat	0
BMWA	Außenwirtschaftsbeirat	0
BMWA	Heimarbeits- und Entgeltausschüsse	13
BMZ	Wissenschaftlicher Beirat	14
BMBF	Wissenschaftlicher Beirat zu den Innovationserhebungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (es fallen keine Kosten an)	0
BMBF	Innovationsbeirat (Kap. 30 01 Titel 526 03)	In 2002: 5
BMBF	Wissenschaftliche Beiräte in BLK-Programmen; es erfolgt <u>keine Finanzierung durch das BMBF</u> ; in Einzelfragen (z. B. Bildungsforschung) Erstellung von Expertisen durch Wissenschaftler ohne Honorarzahlung, ggf. Erstattung von Reisekosten	0
BMBF	Wissenschaftlicher Beirat für das Programm „Kompetenzen Fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ bestehend aus Vertretern anderer Bundesressorts, der Länder, der Sozialpartner, der Wissenschaft und sonstiger Experten entsprechend der Richtlinien des Programms. Die Mitglieder erhalten keine Vergütung, es werden anfallende Reise- und ggf. Übernachtungskosten erstattet.	●
BMBF	Der Beirat „Innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen“ hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Programmdurchführung und -weiterentwicklung abzugeben. Darüber hinaus soll er auch zur Konsensbildung zwischen Wissenschaft, Sozialpartnern und der Politik in Grundsatz- und Querschnittsfragen des Rahmenkonzepts „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ und des Förderbereichs „Innovative Dienstleistungen“ beitragen.	●

Ressort	Im Jahr 2003 tätige Beiräte	Kosten 2003 in T€
BMBF	Aufgrund einer Verordnungsermächtigung in § 44 BAföG ist beim BMBF ein Beirat für Ausbildungsförderung errichtet, dessen Zusammensetzung und Aufgabenbereich in der Beiratsverordnung vom 11. 11. 1971 näher geregelt sind. Die Beiratsmitglieder erhalten keine Honorare, sondern lediglich Auslagenerstattung nach Bundesreisekostenrecht für die 1- bis 2-mal jährlich stattfindenden Beiratssitzungen.	4
BMBF	Beirat „Begabtenförderung berufliche Bildung“; Beratung des BMBF zur Weiterentwicklung des gleichnamigen Programms, Mitglieder sind Wissenschaftler, Vertreter der Sozialpartner, Ländervertreter. Der Beirat tagt in der Regel einmal jährlich. Honorare werden nicht gezahlt. Es fallen Reisekostenerstattungen an.	3
BMBF	Wissenschaftlicher Beirat „Stadt 2030“ (6 Mitglieder); durchschnittliche Kosten pro Jahr, Erstattung nach Bundesreisekostengesetz.	2
BMBF	5 Beiräte im Bereich der Plasmatechnik mit 10 Mitgliedern, 1 Programmbeirat Optische Technologien mit 15 Mitgliedern. Es werden ausschließlich Reisekosten für ca. 30 Experten erstattet.	10
BMBF	Beirat zum Förderschwerpunkt EXIST bestehend aus 8 Mitgliedern; Tagung 1-mal pro Jahr; es werden ausschließlich Reisekosten (zwei-tägige Veranstaltung) gemäß BRKG erstattet.	3

29. Welche konkreten Einsparmöglichkeiten sieht die Bundesregierung bei den Beiräten und bei externen Beratern?

Der Einsatz von Beratern und Beiräten zielt auf die Steigerung der Effizienz der Ministeriumsarbeit sowie auf eine zielgenaue Nutzung von Ressourcen ab. Der Einsatz von Beiräten und externen Beratern wird dabei ständig kritisch überprüft. Wenn sich im Zuge einer Überprüfung konkrete Einsparmöglichkeiten ergeben, werden diese genutzt. Konkretes Beispiel hierzu ist der Wissenschaftliche Beirat beim BMWA, dessen jährliche Tagungen ab 2004 von bisher acht auf nunmehr sechs Tage reduziert werden.

30. Ist es richtig, dass das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) einen Rahmenvertrag mit der Agentur „Zum goldenen Hirschen“ (ZgH) für Entwicklung und Konzeption von Kommunikationsstrategien geschlossen hat (so Wirtschaftswoche Nr. 51 vom 11. Dezember 2003)?
31. Welche konkret spezifizierten Aufgaben sollen laut Vertrag von der Agentur „Zum goldenen Hirschen“ wahrgenommen werden?

Das BPA hat mit der Agentur „Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH“ einen Rahmenvertrag geschlossen über die Entwicklung von Kommunikationsstrategien zu zentralen Politikfeldern für die ressortübergreifende politische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und deren Umsetzung durch Einsatz streufähiger Maßnahmen, wie z. B. Anzeigen, Plakate, Beihefter, Internetbanner, audiovisuelle Spots etc. und ggf. deren Schaltung durch Einkauf von Werberaum, Werbeflächen oder Werbezeit. Hinsichtlich der konkreten Leistungserbringung wird jeweils ein Einzelvertrag geschlossen.

32. Ist der Auftrag öffentlich ausgeschrieben worden, und wenn ja, wie ist die Ausschreibung historisch verlaufen, insbesondere im Hinblick auf Beschwerden von Konkurrenzunternehmen über das laufende Ausschreibungsverfahren und eventuelle Entscheidungen des Bundeskartellamtes über diese Beschwerden?

Der Auftrag wurde im November 2002 europaweit ausgeschrieben. Nach Durchführung einer Präsentation durch die Bieter im Rahmen dieses Vergabeverfahrens hob das BPA das Verfahren Anfang des Jahres 2003 auf. Auf einen Nachprüfungsantrag eines Bieters gab die 1. Vergabekammer des Bundes dem BPA die Fortführung des Verfahrens auf. Dem kam das BPA nach, das Verfahren wurde im Juli 2003 durch Zuschlagserteilung abgeschlossen.

33. Haben oberste und obere Bundesbehörden Aufträge an die Agentur „Zum goldenen Hirschen“ ohne öffentliche Ausschreibung vergeben?
Wenn ja, in welchen Fällen ist dies geschehen?

Vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) wurden insgesamt sieben Aufträge erteilt, die die Entwicklung des Logo für den „Naturathlon“, Plakate und Anzeigen „drei Gründe, stolz auf Deutschland zu sein“, Anzeigen zum Dosenpfand, Anzeigen „Rußfilter/Diesel“, Anzeigen und Veranstaltung „Abschaltung des AKW Stade“, Banner „Erneuerbare Energien“ sowie Anzeigen „Deutschland hat unendlich viel Energie“ zum Gegenstand hatten. Des Weiteren hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) einen Auftrag vergeben, der mit zweckgebundenen Sponsoringmitteln des Verbandes der Cigarettenindustrie finanziert wurde.

34. Welches Honorar erhält die Agentur für die Vermarktung der „Agenda 2010“?

Von Auskünften zum Honorar einzelner Firmen im Rahmen der Kleinen Anfrage wird aus rechtlichen Gründen abgesehen (s. a. Vorbemerkung der Bundesregierung und Antwort zu Frage 1).

35. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Vertrag mit der Agentur „Zum goldenen Hirschen“ unter Berücksichtigung des Berichtes des Bundesrechnungshofes über den Vertrag der Bundesagentur für Arbeit mit der WMP-Wirtschaft Medien Politik Beratung GmbH den Vorschriften des Vergabe- und des Haushaltsrechts entsprechen?

Ja.

36. Erfordert der Rahmenvertrag mit der Agentur „Zum goldenen Hirschen“ eine Ausschreibung von einzelnen Kampagnen?

Nein.

37. Hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) einen Vertrag über „Beratung, Konzeption und Umsetzung von Kampagnen“ abgeschlossen (Wirtschaftswoche Nr. 51 vom 11. Dezember 2003)?

Wenn ja, mit wem und zu welchen Konditionen (Leistung, Gegenleistung, Laufzeit, wesentlicher Inhalt des Vertrages)?

Ist dieser Vertrag öffentlich ausgeschrieben worden?

Das BMF hat einen entsprechenden Vertrag mit der Firma ECC Kothes Klewes geschlossen. Die Leistungen werden monatlich nach Aufwand abgerechnet. Die Leistungen umfassen:

1. Laufende Beratung des BMF in Fragen der Kommunikationsarbeit im Rahmen des übertragenen Aufgabenbereichs.
2. Auswahl und Steuerung von Unterauftragnehmern nach wettbewerblichen Prinzipien.
3. Entwicklung und Vorlage einer Konzeption p. a. für Kommunikationsarbeit mit Vorschlägen zur Durchführung einzelner Projekte und Maßnahmen.
4. Proaktiver Vorschlag von Projekten und Maßnahmen sowie Ausarbeitung von Jahresplänen für das jeweils laufende Kalenderjahr.
5. Abstimmung mit dem BMF über den Einsatz des zur Verfügung stehenden Budgets sowie Protokollierung der Budgetmittelverwendung.
6. Vorbereitung, Durchführung und Protokollierung aufgabenorientierter Gespräche zwischen BMF und ECC.
7. Beobachtung des Medien- und Meinungsmarktes im Bereich vom BMF, soweit dies für die Beratung erforderlich ist.
8. Beratung bei der Auswahl der Medien sowie Erstellung von Mediaschalt- und Kostenplänen.
9. Gegebenenfalls Übernahme von Projekten und Maßnahmen, wie sie in der Jahresplanung/Konzeption vorgeschlagen wurden.

Der Vertrag ist für die Zeit vom 1. November 2003 bis zum 31. Dezember 2005 geschlossen worden. Der Auftragsvergabe ist ein Ausschreibungsverfahren vorangegangen.

38. In welchem Umfang haben die Bundesregierung sowie die obersten und oberen Bundesbehörden Aufträge an die Beraterfirmen „KNSK“ sowie „Ahrens & Behrent / Face2Net“ vergeben?

An die beiden Firmen wurden 2003 insgesamt fünf Aufträge in einem Gesamtvolumen von 5,4 Mio. Euro vergeben.

39. Sind davon Aufträge ohne Ausschreibungen vergeben worden?

Nein.

40. In welchem Umfang sind Folgeaufträge an diese Firmen vergeben worden?

Es wurden keine Folgeaufträge vergeben.

41. Wie viele Beraterverträge der obersten und oberen Bundesbehörden waren bzw. sind Folgeaufträge?
Welche finanzielle Größenordnung haben diese Folgeaufträge erreicht?

2003 wurden im Bereich der obersten Bundesbehörden insgesamt 26 Folgeaufträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 6,5 Mio. Euro erteilt. Die sieben Folgeaufträge bei den oberen Bundesbehörden belaufen sich auf 1,0 Mio. Euro.

42. Hat sich das Bundeskabinett mit Beraterverträgen und Gutachtervergaben befasst?
Wenn ja, in welchen Fällen?

Jeder Bundesminister führt sein Haus in eigener Ressortverantwortlichkeit (Artikel 65, Satz 2 GG). Demzufolge bestehen keine spezifischen Berichtspflichten der Ressorts gegenüber dem Kabinett zur Vergabe von Gutachten und Beraterverträgen. Im Übrigen betrifft die Frage nach Informationen über Befassungen des Kabinetts gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.

43. In wie vielen und welchen Fällen wurden Ergebnisse eines Beratungsprozesses nicht umgesetzt und warum nicht?

Die Einschaltung externen Sachverständigen dient der Vorbereitung der internen Meinungs- und Willensbildung der Bundesregierung. Insoweit fließen die Ergebnisse in jedem Einzelfall in die politische Entscheidungsfindung ein. Im Übrigen siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

44. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Mehrwertsteuer bei der öffentlichen Auftragsvergabe ein selbstverständlicher Kostenbestandteil ist?

Ja.

45. In wie vielen und welchen Fällen haben Beratungsunternehmen ein Projekt vorbereitet und anschließend selbst an dem zugehörigen Vergabeverfahren teilgenommen?

Gibt es Fälle, in denen ein Beratungsunternehmen ein Projekt vorbereitet hat und anschließend auch mit der Durchführung des Projektes betraut wurde?

Der Bundesregierung ist ein Fall bekannt, bei dem ein Unternehmen ein Projekt vorbereitet und sich anschließend am Vergabeverfahren beteiligt hat. Das betreffende Unternehmen wurde jedoch nicht mit der Durchführung des Projektes betraut.

46. In wie vielen Fällen, in welchen Fällen und in welchem Umfang haben sich die Kosten für externe Berater und Gutachter nach Auftragsvergabe um mehr als 5 Prozent erhöht?

Wie begründet die Bundesregierung solche nachträglichen Kostensteigerungen?

Im Jahr 2003 haben sich die Kosten für externe Berater und Gutachter in sechs Fällen nach Auftragsvergabe um mehr als 5 Prozent erhöht. In vier Fällen ging es um Gutachten im Zusammenhang mit Prüfungen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, bei denen jeweils die Ausgaben-/Kostensteigerungen auf die Erhöhung des im Laufe der fortgeschrittenen Ermittlungen entstandenen Arbeitsumfanges (insb. bei den Untersuchungen im Ausland) zurückzuführen ist.

In einem weiteren Fall verteuerte sich der Beraterauftrag zur „Beratung des BMWA bei der Erstellung des Monitoring-Berichts über Erfahrungen mit dem Netzzugang auf den Strom- und Gasmarkt“, weil sich bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen im Gasbereich weiterer Klärungsbedarf ergab.

Im letzten Fall wurde die Leistungsanforderung insbesondere auf Grund nicht vorhergesehener Ereignisse nachträglich vom betreffenden Ressort erhöht.

